

Bezugspreis:
Vierteljährlich
für Bad Ems 3 M.
Bei den Postanstalten
(einschl. Postgebühr)
3 M. 27 Pf.
Erscheint täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und
Feiertage.
Druck und Verlag
von G. Ehr. Sommer,
Bad Ems.

Emscher Zeitung



(Kreis-Anzeiger)

(Bahn-Vote)

(Kreis-Zeitung)

verbunden mit dem „**Amtlichen Kreisblatt**“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 6

Bad Ems, Mittwoch den 8. Januar 1919.

71. Jahrgang.

Neue Marnen in Berlin.

Berlin, 6. Jan. In den Vormittagsstunden des Montags sind die Straßen von ganz Groß-Berlin angefüllt mit Kundgebungszielen von Arbeitern und Soldaten, die der inneren Stadt zustreben. Die verbündeten Unabhängigen und Spartakiden haben ihre Leute für 11 Uhr in die Siegessäle entboten, um für die Sache des revolutionären Proletariats zu kämpfen, wie es in dem nicht ganz durchsichtigen Aufruf des Spartakusbundes heißt. Es scheint, als ob die gestrigen Ereignisse der Kundgebungen: Befreiung des Polizeipräsidenten, des Wolff-Büros, des Vorwärts, der heute als „Organ der revolutionären Arbeiterklasse Groß-Berlins“ spartakistisch erscheint, ferner die Einstellung der Zeitungsbetriebe von Mosse, Scherl und Ill. kein ihre Urheber zwingen, zur Erhaltung dieser Ergebnisse und eines einigermaßen annehmbaren revolutionären Fortschritts, namentlich auf dem Gebiete der Kriegererziehung, die Kundgebung in Permanenz zu erklären. Die Mehrheitssozialdemokratie hat den Kampf aufgenommen und bis jetzt ein Musterstück von Organisation geliefert. Denn ohne ein Zeitungsorgan zu besitzen hat sie schon heute früh ungeheure Massen auf die Straße gebracht, die sich vor dem Hause der Reichsregierung in der Wilhelmstraße sammelten. Gegen 10 Uhr ist die Wilhelmstraße schwarz von Menschenmassen, die von dem einheitlichen Streben befeuert sind, der Reichsregierung gegen die im russischen Solde stehenden Tiergärtnerkinder, die heute im Vorwärts die Bolschewikenpolitik als die einzig richtige und zum Ziel führende bezeichnen, zu helfen. In Handzetteln werden sich die Mehrheitssozialdemokratie nicht nur an ihre Genossen, sondern an alle Bürger, Arbeiter und Soldaten und fordert sie zur Selbsthilfe auf.

Zum zweiten Male haben bewaffnete Banditen des Spartakusbundes den Vorwärts gewaltsam besetzt. Die Führer dieser Banden proklamierten heute in öffentlichen Reden erneut den gewaltsamen Sturz der Regierung, Nord und blutigen Bürgerkrieg und Errichtung der Spartakusdiktatur. Dem deutschen Volk und insbesondere der Arbeiterklasse drohen die schlimmsten Gefahren, Anarchie und Hunger würden die Folgen der Spartakus-Herrschaft sein. Jetzt ist unsere Geduld zu Ende! Wir wollen uns nicht länger von Irrsinnigen und Verbrechern terrorisieren lassen. Es muß endlich Ordnung in Berlin geschafft und der ruhige Aufbau des neuen revolutionären Deutschlands gesichert werden.

Berlin, 6. Jan. Gegen 12 Uhr mittags sind die Kundgebungsansammlungen in der Wilhelmstraße und in der Siegessäle noch ständig im Wachen. Die Unsicherheit, was werden soll, belastet schwer die Gemüter. Die Lieb-Feindtöte sind zum großen Teil bewaffnet. Der Radikalismus wird durch die bekannten Spartakus- und Revolutionsredner geschürt. Ein Redner der Regierung sagte es in die Worte „Sein oder Nichtsein der Regierung“. Er hätte ebenso gut sagen dürfen: Ordnung oder Bolschewismus. Der Augenblick zu einem Landeln für eine Reichsregierung, die sich den Namen einer deutschen Reichsregierung verdienen will, ist da. Die Redner der Reichsregierung ließen einiges solcher Stärke erhoffen. Sie erklärten, genügend Truppen gegen jeden Terror zu haben. Sie ließen durch Entfernung von Frauen und Mädchen und durch Einfassung des zivilistischen Demonstrationskerns durch einen soldatischen Mantel und durch Ausgabe einer Anzahl Waffen an die Kundgeber Vorkehrungen treffen, aus denen man auf die Bereitschaft zu manhaftem Entschluß schließen könnte. Das bisherige Auftreten der Regierung gegen links läßt immer noch kein uneingeschränktes Vertrauen zu ihr aufkommen und rechtfertigt eine bange Befürchtung. Während die Welt von ihr Tarn erwartet, die Erlösung für Geschlechter bringen sollen, verhandelt sie dielekisch schon wieder mit ihren Tiergärtnergegnern über Offizierskordaten. Auch dies brachte freilich die Entscheidung: „Sein oder Nichtsein“.

Die Lage noch unklar.

Berlin, 6. Jan. Die Lage ist politisch und, da unruhig unklar, und die wahnhaften Gerüchte durchdringen die Stadt. Um 4 Uhr nachmittags sind an verschiedenen Stellen Schüsse geworfen worden. Am Potsdamer Platz schossen Spartakiden, und unter den Linden schützten Soldaten der Regierung Ober-Regimentsmann mit mehreren Salven für einige Augenblicke. In den Mittagsstunden haben die Spartakiden im Marzall mit tausenden große Stapel von Waffen anfahren lassen und sie an ihre Anhänger, die schon in den Fabriken mit Waffenschneidern versehen worden waren, verteilt. Die Reichsbank, das Haupttelegraphenamt, das Polizeipräsidium, der Marzall und einige andere Institute sind von den Spartakiden besetzt. Die Leutern haben auch die Arbeits-

losen aufgegeben und machen in den Kasernen unter den jungen Mannschaften eine wüste und erfolgreiche Propaganda, bei der sie sich jetzt offen zum Kommunismus und zur Diktatur des Proletariats bekennen. Die Sicherheitswehr ist zum großen Teil zu Spartakus übergetreten. Die Zustände im Berliner Sicherheitsdienst beleuchten die Tatsache, daß für die Mannschaften Weihnachtspakete angekauft waren und daß ein Teil dieser Pakete seiner Bestimmung nicht hat zugeführt werden können, weil die vorgesetzten Stellen diese Pakete zurückgehalten haben.

Die unhaltbare Lage in Berlin wird dadurch gekennzeichnet, daß russische Kadersführer immer noch die geheimen Führer der Bewegung sind. Kader befindet sich trotz aller Ablehnung der Regierung immer noch in Berlin und hat heute unter den Linden geteilt.

Berlin, 6. Jan. Am gestrigen Sonntag erklärte Polizeipräsident Eichhorn in einer Versammlung der unabhängigen Sozialdemokraten, daß er sich nicht veranlaßt sehe, von seinem Posten zu weichen.

Die unsichere Lage und die noch kommenden Möglichkeiten haben schon eine ganze Anzahl von großen Geschäftsläden in Berlin B. veranlaßt, das weibliche Personal zu entlassen und ihre Häuser zu schließen, oder die Schließung vorzubereiten. Das männliche Personal ist schon zum Teil bewaffnet worden. Gut verbürgten Nachrichten zufolge hat sich auch gestern und heute das Berliner Polizeipräsidium als Hauptquartier der Spartakusleute erwiesen. Wiederum sind aus den Räumen des Polizeipräsidiums Waffen an die Anhänger Liebknechts verteilt worden.

Eine Rede Scheidemanns.

Berlin, 6. Jan. Gegen 11 Uhr erschien an einem Fenster des Reichskanzlerpalais Scheidemann. Er drückte seine Freude darüber aus, daß so viele Massen erschienen seien, um für die heutige Regierung zu demonstrieren. Die „Schweigenen“, die in Berlin herrschten, müßten endlich aufhören. Es gebe nicht an, daß eine Minderheit einer Mehrheit ihren Willen aufzwingen. Er danke der Masse und bitte sie, Geduld zu fassen. Die Regierung stünde vor folgenreichen Entscheidungen. Er könne daher nicht lange reden. Aber er gebe die Versicherung ab, daß die Regierung mit aller Energie gegen die Minderheit vorgehen werde. Sie müsse unterdrückt werden und, wenn es sein müsse, mit Gewalt. Die Regierung würde die Soldaten aufrufen zu ihrem Schutze. Die Tausenden und aber Tausenden Arbeitskräfte würden zum Schutze der Regierung aufgerufen werden. Als vereinzelte Rufe: „Waffen! Waffen!“ ertönten, erwiderte Scheidemann mit erhobener Stimme: „Ja, wohl! Wir werden diese Waffen ausrücken, natürlich nicht mit einem Knüttel in der Hand, sondern mit Waffen.“ Die Massen sollten geduldig abwarten. Binnen kurzem würde die Regierung die Parole ausgeben, der sie dann mit dem Einsatz ihres Lebens Folge leisten sollten.

Berlin, 6. Jan. (Eig. Draht. der A.B.) Zum Stadtkommandanten von Berlin wurde Roske (Reichssozialist) ernannt.

Es scheint, daß man in Berlin die Mahnungsrufe aus dem Reich nicht beachtet, sonst hätte dieser niederträchtige, von ausländischen, sogenannten „russischen“ Hegemon propagierte Unfug nicht noch weiter um sich greifen können. Aber natürlich ist ja diese Großstadt mit ihren vielen Tausenden von Arbeitslosen, Zuhältern und sonstigem Gesindel, das sich den Teufel genüsslich um politische Fragen kehrt, der gegebene Platz für solche gewissenlose Agitatoren, von denen man nicht weiß, für wen sie arbeiten, die jedoch sicher ihre eigene Person dabei nicht zu kurz kommen lassen. Was tut nun die Regierung? Ist sie denn überhaupt eine Regierung, und ist sie gewillt, die Interessen des deutschen Volkes gegenüber einer Bande von Verbrechern zu wahren? Wenn die verantwortlichen Männer des Staates jetzt nicht endlich energisch eingreifen und in diesem äußersten Notfall auch das Heer, das hinter ihnen steht, zur Schaffung von Ordnung benutzen, so werden sie das Vertrauen, das sie bisher noch besessen haben, verlustig gehen. Es ist nochmals betont, daß es sich hier nicht um einen Kampf gegen politische Parteien, sondern um eine Notwehr gegen Banditen handelt. Zweifellos werden diese Vorfälle nicht zum baldigen Frieden führen können, nicht einmal zu Verhandlungen, wie die Vorklässe der Entente-regierungen beweisen, die wir nachstehend veröffentlichen.

Kein Friede mit einem bolschewistischen Deutschland

Haag, 5. Jan. Nach einer Meldung an Politiken haben die Alliierten im Hinblick auf die Entwicklung der Lage in Deutschland eine warnende Note an die deutsche Regierung geschickt. Der Vertreter des Marshalls hat der Waffenstillstandskommission erklärt, daß, falls die bolschewistischen Elemente in Deutschland die Macht in die Hand bekommen, die Alliierten sofort alle Unterhandlungen abbrechen und den vorläufigen Frieden rückgängig machen würden. Eine andere Meldung besagt, die deutschen Politiker sollten sich vergegenwärtigen, daß Berlin besetzt würde, falls die drohende bolschewistische Gefahr nicht ein Ende habe.

Preise der Anzeigen:

Die einseitige Kleinzeile
oder deren Raum 25 Pf.
Reklamezeile 75 Pf.

Schriftleitung und

Geschäftsstelle:

Bad Ems, Kaiserstr. 96.

Telefon Nr. 7.

Verantwortlich für die

Schriftleitung:

Paul Ränge, Bad Ems.

Unsere Truppen im Osten.

M.B. Berlin, 5. Jan. Amtliche Mitteilung der Obersten Heeresleitung über unsere Truppen im Osten: Bei Riga haben die Engländer in den Kampf gegen die Bolschewisten eingegriffen. Zwei Kompanien der lettischen Landeswehr gingen zu den Bolschewisten über und wurden durch britisches Artilleriefeuer zur Kapitulation gezwungen.

Ein deutscher Panzerzug wurde von Pleschewitz nach Potowitsch abgelassen, um die aus der Ukraine führenden Straßen von Banden zu säubern. Von Kobhova nordöstlich Riga wurden bolschewistische Banden durch deutsche reitende Jäger zurückgeworfen. Nach Meldung der Heeresgruppe Riga haben, in Aufsehung gegen die Befehle, Truppen des 22. Reserve-Korps und des 27. Reserve-Korps, ferner das Landsturm-Infanterie-Regiment Nr. 9 ihre Posten verlassen und wichtige Bahnstrahlen preisgegeben. Sie gefährden dadurch das Leben ihrer weiter rückwärts stehenden Kameraden. Durch die vielen ohne Befehle fahrenden Transporte wird die Räumung der Ukraine auf das Äußerste erschwert. An den Anschlußstellen Pinsk, Kobhova und Golobow ist eine Ansammlung von Menschen entstanden, die nicht genügend schnell auf der deutschen Spur nach Pleschewitz weggelassen werden können. Das von den Truppen eigenmächtig mit Beschlag belegte rollende Material fehlt an Stellen, wo es dringend gebraucht wird. Die seit langem gefürchtete, seit einigen Monaten offenkundige Disziplinlosigkeit beginnt eine Gefahr für unsere ukrainischen Truppen zu werden. — In Porti, an der Mündung des Schwarzen Meeres, sind unsere letzten Kaukasustruppen verladen worden. Es bleibt General von Kreh mit Stab, Konulat und einem Lazarett.

Eine große Zentrumsversammlung in Köln

für die männlichen Wähler fand am Sonntag vormittag in der Bürgergesellschaft statt. Der große Saal nebst Galerien war sehr gut besetzt. Reichssozialist, das Hauptziel der Wahlen sei die Verhinderung einer sozialistischen Mehrheit. Daher laute die Parole: Getrennt marschieren, vereint schlagen. In diesem Sinne könne er die Mitteilung machen, daß eine Verbindung der Kandidatenlisten zwischen Zentrum, Deutschnationale Volkspartei und Deutsche Volkspartei vereinbart worden sei.

Die Parteien und die Nationalversammlung.

Die Zentrumsparlament hat in Heffen, Nassau für die Nationalversammlung an erster Stelle aufgestellt: Müller, Fulda; Bauplanwerferverbandsekreter Josef Becker, Berlin; Lehrer Schwarz, Frankfurt; Volksvereinssekretär Frank, Fulda; Sparre Müller, Elg; Frau Guntard, Frankfurt.

Die besetzten Gebiete.

M.B. Berlin, 3. Jan. Dem deutschen geistlichen Rat, freien Verkehr für Arzneimittel zu gewähren und Kohlenlieferungen für das Bergische Bergwerk zuzulassen, wurde Folge gegeben.

M.B. Berlin, 6. Jan. Die deutsche Waffenstillstandskommission ersuchte um Beseitigung der zwischen Frankfurt und Darmstadt und an der Bahn Frankfurt-Groß-Gerau entstandenen Verkehrsstörungen im Zusammenhang mit gewährten Erleichterungen im Verkehr zwischen dem links- und rechtsrheinischen Gebiet zur Vorbereitung der Wahlen für die Nationalversammlung. Es wurde mitgeteilt, daß die bayerische Landtagswahl am 12. Januar stattfinden und daß für die Ausstellung der erforderlichen Einreisepapiere das bayerische Ministerium des Innern in München zuständig ist.

Wilson's Rede in Rom.

Haag, 4. Jan. Das Holländische Bureau meldet aus Rom: Präsident Wilson hielt im römischen Parlament eine Rede, worin er zunächst von den Banden sprach, die die beiden Völker vereinten. Zu den alten Banden trat ein neues Band hinzugekommen: Die Beherrschung des amerikanischen Volkes für das italienische. Das in den Krieg eingegangene sei für dieselben Grundfälle von Recht und Gerechtigkeit, die auch das amerikanische Volk bewegten. Nun stehe aber noch eine große Aufgabe bevor, die weit schwerer sei, als die bereits gelösten; denn es sei nicht, von Recht und Gerechtigkeit zu sprechen, schwerer aber, sie in die Praxis umzusetzen. Reinheit der Beweggründe und Ungeheuerlichkeit seien hierzu nötig. Dann jagte Wilson wörtlich:

Die bezeichnende Tatsache dieses Krieges ist, daß große Reiche in Trümmer zerfallen sind, und das eigentümliche dieser Reiche war, daß sie verschiedene Völker gegen ihren Willen zusammenhielten unter dem Zwang der Gewalt. Die Staaten auf dem Balkan z. B. waren immer geheimen Einflüssen zugänglich; immer wurden Ränke gesponnen. Im Westen der Balkanstaaten wohnte eine unruhige Bevölkerung, die nicht durch Sympathien oder Freundschaft, sondern durch Militärgewalt zusammengehalten wurde. Jetzt sind diese Ränke vernichtet. Die Bande sind zerbrochen. Wir müssen

für einen neuen Zement sorgen, der die Völker zusammenhält. Sie sind an die Unabhängigkeit nicht gewöhnt gewesen; jetzt müssen sie unabhängig werden. Gewiß erkennen Sie mit mir das Prinzip an, daß es nicht ausreicht, zu bestimmen, welche Regierung sie erhalten sollen; aber wir sind Freunde dieser Völker, und es ist unsere Pflicht, als ihre Freunde dafür zu sorgen, daß sie in irgendeiner Form einen Schutz bekommen, der ihren Zusammenhalt sichert. Es gibt nur eins, was die Völker zusammenhält, wenn man die Gewalt ausschließt. Das ist Freundschaft und gegenseitiges Wohlbefinden. Darum ist es unsere Aufgabe, in Paris die Freundschaft der Welt zu organisieren und dafür zu sorgen, daß die moralischen Kräfte, die für Recht, Gerechtigkeit und Freiheit gekämpft haben, vereinigt werden und so eine lebensfähige Organisation entsteht, welche die Völker der Welt mit Freundschaft annehmen werden. Mit andern Worten: unsere Aufgabe ist nichts Geringeres, als eine neue internationale Psychologie aufzurichten, eine neue Atmosphäre zu schaffen. Ich kann mit Vergnügen erklären, daß ich in allen meinen Besprechungen mit den maßgebenden Führern Ihres Volkes und auch in Frankreich und England den Wunsch spüre, Gerechtigkeit zu üben, freundschaftliche Bande zu knüpfen und einen Frieden zu schließen, der auf Recht und gemeinsamen Zielen beruht. Hindernisse müssen beseitigt werden; tapferere Männer fürchten sie nicht, sondern tragen ihnen; es muß unser Stolz sein, alles zu besiegen, was sich uns in den Weg stellt. Wir wissen, daß es ein neues Märkte-gleichgewicht nicht geben kann. Wir wissen, daß ein Krieg dafür kommen muß, nämlich der Völkerbund. Was die Menschen einstmals theoretisch und idealistisch nannten, das erweist sich jetzt für uns als praktische Notwendigkeit. Wir stehen an der Wende eines neuen Jahrhunderts, worin neue Staatsmannschaften leben wird, und ich hoffe, daß diese die Menschheit auf eine höhere Stufe der Vervollkommenheit erheben wird. — Nach Agentenmeldungen erfolgt am 5. Januar ein Besuch Wilsons im Palais an unter Teilnahme von Frau Wilson, wodurch die politische Bedeutung dieses Besuches stark vermindert wurde.

Der Bericht Hoovers.

Paris, 3. Jan. Reuter. Der Vorsitzende der amerikanischen Lebensmittell Kommission, Hoover, gab einen Bericht über die Ernährungslage in Europa heraus, in dem er sagte: Wir haben über die Lage in Deutschland Untersuchungen angestellt, wir sind aber noch nicht so weit, um irgendwelche endgültigen Beschlüsse zu fassen. Die Bevölkerung Deutschlands hat sicher genügend Vorräte, um eine Zeitlang auszuhalten, von der Versorgung mit Fett abgesehen, das ohne Zweifel sehr knapp ist, wodurch die Entstehung von Krankheiten und viel sozialer Unzufriedenheit gefördert wird. Die Festsetzung der Rationen und Maßnahmen, die nötig sind, um den betroffenen Gebieten zu helfen, muß indes unsere erste Sorge sein. Die Ernährung Europas während der nächsten sechs Monate bildet ein großes ökonomisches Problem. Sie ist uns von allgemeiner politischer Bedeutung. Wenn wir Anarchie verhindern wollen, wenn wir den Wunsch hegen, daß die Welt zu irgendeiner Form ordnungsmäßiger Regierungen zurückkehrt, und wenn wir die Errichtung von Regierungen, mit denen wir Frieden schließen könnten, sehen wollen, müssen wir in irgendeiner Weise für Nahrungsmittelversorgung sorgen. Es wird zweifellos eine Vorbedingung für die Beseitigung von Lebensmittelengpässen an Deutschland sein, daß deutsche Schiffe für die Versorgung aller besetzten Länder benutzt werden.

Haag, 5. Jan. Infolge Schiffraummangels sind in New York und andern großen Häfen derartige Mengen Nahrungsmittel aufgeschüttet, daß das Zentralnahrungsmittelbüro ein Verbot erlassen mußte, Frachtgüter, vor allem für Nahrungsmittel, über die Häfen von New York, Boston und Philadelphia auszuführen. Die zuständigen Behörden berieten über die Lage, die noch dadurch verschärft wird, daß ein Ausbruch der Transportarbeiter droht. Es heißt, daß viele Schiffe, die in den großen Häfen erwartet werden, durch Sturm aufgehalten worden sind.

Die Friedenskonferenz.

Paris, 4. Jan. Savas. Über die Zahl der an der Friedenskonferenz teilnehmenden Parlamentarier liegen noch keine endgültigen Beschlüsse vor, laben sich werden für die Vereinigten Staaten, Frankreich, England, Italien und Japan je fünf, Belgien und Serbien je drei, Griechenland und Portugal je zwei Delegierte entsenden, dazu kommen noch die neutralen Länder, die ihre Beziehungen zu den Zentralmächten abbrechen, außerdem neuen Vertreter der Tschechoslowaken, Südslawen und Rumänen an der Konferenz teil. Da die bolschewistische Regierung von der Entente nicht anerkannt wird, ergibt sich hinsichtlich Russlands die Frage, wer diese Nation vertreten könnte, ob entweder eine russische Volksdelegation oder eine internationalisierte Kommission. Jedenfalls würde dieser Kommission nur ein beratender Charakter zukommen. Frankreich wird wahrscheinlich vertreten sein durch Clemenceau, Pichon, Klotz, Pangeois und Tardieu. Marshall Koch als Generalistimus und Admiral Wymbs als Admiralsimus nehmen von Auswegen an der Konferenz teil. Die neutralen Länder werden eingeladen, durch Bevollmächtigte ihre Ansichten hinsichtlich der Beschlüsse bekannt zu geben, die ihre Interessen in England berühren. Die Beschlüsse werden einstimmig, nicht nach Stimmenmehrheit gefaßt.

Bonn, 4. Jan. Das Pariser Journal sagt, es bestehe Grund zu der Annahme, daß der 12. Januar, der Tag der Eröffnung der Friedenskonferenz, einer Sitzung der Vertreter der vier großen Verbündeten Märkte gewidmet sein wird, die den während der letzten zwei Monate gepflogenen Gedankenaustausch fortsetzen und sich über die Grundlinien der Vorfriedensbedingungen einigen sollen, die den feindlichen Delegationen vorzulegen sind. Daran wird sich eine zweite Konferenz von Vertretern anderer alliierter Staaten

anschließen, die über diese Beschlüsse befragt werden und über diejenigen Fragen beraten sollen, die für sie von besonderem Interesse sind. Nach dem Journal werden diese beiden Vorberatungen am 12. und 13. Januar stattfinden, worauf dann die eigentliche Versailler Friedenskonferenz ihre Arbeiten aufnehmen wird. Das Blatt behauptet, daß die Konferenzdebatten nicht veröffentlicht werden.

Wie man zum Frieden kommen will.

Schweiz, Grenze, 4. Jan. Neue Pariser Meldungen behaupten, die Pariser Besprechungen würden unter Teilnahme Wilsons am 6. oder 7. Januar beginnen. Über das Programm der Pariser Verhandlungen verbreitet die Nouvelle Correspondance folgende Mitteilungen: Der Liberte: In seiner letzten Rede hat sich Clemenceau entschieden dagegen verwahrt, daß ihm gewisse Persönlichkeiten als Vertreter Frankreichs ausgedrungen werden. Als verantwortlichen Haupt der Regierung steht ihm allein die Wahl zu. Es scheint, daß die Vertreter Frankreichs hauptsächlich aus dem Schoße der Regierung gewählt werden. Wilson wird persönlich der Hauptkonferenz beizubehören. Sein erster Gehilfe ist Oberst House. Italien wird durch Orlando und Sonnino vertreten. Belgien vertritt den neuen belgischen Staat. Hubschmans ist einer der Delegierten Belgiens. Die Interessen des tschechischen Staates nimmt wahrscheinlich Beneš wahr. Eine Kommission wird sich mit den Angelegenheiten Deutschlands, eine andere mit denen Österreich-Ungarns befassen, andere mit den Balkanproben und den kleinasiatischen Fragen. Außerdem wird eine Finanz- und Wirtschaftskommission arbeiten. Der Plan einer Liga der Nationen ist Gegenstand besonders eingehender Beratungen einer besonderen Kommission. Der Teilnehmer Frankreichs ist Leon Bourgeois, Englands Lord Robert Cecil, Bismarck nach kleine Rede davon, sind die Delegierte zugelassen. Die Friedensbedingungen werden von den Alliierten beraten und festgelegt; hierauf werden Deutschland und seine Genossen eingeladen werden, zuzustimmen. Dieses Verfahren gilt wenigstens für den Vorfrieden. Wenn dieser angesetzt sein wird, werden nach etwa sechs Wochen die Verhandlungen für den endgültigen Frieden beginnen, jedoch viel länger dauern.

Deutschland.

Berlin, 5. Jan. In der heute stattgefundenen Sitzung des Zentralrates der „Sozialistischen Republik Deutschland“ wurde zunächst die Frage erörtert, ob eine Anzahl von reichsüberwachten Dampfern an private Reedereien verkauft werden oder zum Zwecke der Gründung einer Reichsflotten-Devisenbank zurückgehalten werden sollte. In Aussicht auf die Wichtigkeit der Frage wurde eine Kommission mit der Weiterberatung betraut. Die Aufgabe mit dem Reichs- und Marineamt in Verbindung zu treten, um geeignete Vorläufe unterbreiten zu können. Weiter wurde beschlossen, daß die von dem bisherigen Volksrat gestifteten Einrichtungen vom Zentralrat nicht angenommen werden.

Berlin, 5. Jan. Durch die Presse gehen verschiedene Mitteilungen über den Tagungsplan der Nationalversammlung. Genannt werden vor allem Frankfurt, Erfurt, Weimar und Würzburg. Die Regierung hat sich, wie offiziell gemeldet wird, zwar mit der Frage beschäftigt, ist aber noch zu keinem endgültigen Beschluß gelangt.

Berlin, 6. Jan. Der Reichsbürgerrat trat gestern vormittag im Abgeordnetenhaus unter reger Beteiligung der Bürger aus allen Teilen Deutschlands zu seiner ersten Sitzung zusammen. Es waren aus 135 Städten insgesamt 235 Abgeordnete erschienen. Die Vertreter konnten wegen Verkehrshindernissen nicht rechtzeitig in Berlin erscheinen. Der Geschäftsführer des Bürgerrates von Groß-Berlin Dr. Ing. W. Koch eröffnete die Sitzung mit einem Hinweis auf die schweren Ereignisse der letzten Monate. Er schloß seine Ausführungen mit dem Goethewort: „Mut verleiht, alles verloren; da wäre es besser, nicht geboren.“ Dann schritt man zur Bildung eines Büros. Zu Vorsitzenden wurden gewählt: Dr. Ing. W. Koch, Berlin, Dr. Meyer-München und Dr. Max Schmidt-Greif. Zu Beisitzern wurden gewählt: Max Schlemmer-Bielefeld, Fabrikdirektor J. Welsch-Danzig, Schriftführer Helm-Halle, Johannes Krüger-Friedrichshagen, Dr. Wied-Frieden und Julius Meißner-Berlin.

Madels Ausweisung. Aus Anlaß des unbefugten Eindringens von Madel und Genossen nach Deutschland hat die deutsche Regierung folgenden Zusage nach Moskau gerichtet: „Vor einigen Tagen ist Karl Madel, der Chef der russischen Propaganda, nebst einigen Genossen unter Umgehung der Grenzkontrolle in Berlin eingetroffen. Er ist in einer Schweigekammer für den Bürgerkrieg in Deutschland und die Wiederaufnahme des Kampfes gegen die Entente eingetreten. Madel und seine Genossen werden die Folgen ihres unerlaubten Schrittes zu tragen haben. Die deutsche Regierung aber steht sich genötigt, gegen das Eindringen weiterer Vertreter nachdrücklich Einspruch zu erheben. Das Verhalten Madels wird sie darin bestärken, der Zulassung von Vertretern der russischen Sowjetregierung auch fernerhin Widerstand zu leisten.“

Duisburg, 4. Jan. Auf den Anstehenden ist der Bergarbeiterstreik heute beendet. Infolge Eingreifens des Kommandeurs der belgischen Besatzung, der auch die Einhaltung der vollen Achtungswürde anordnete, während die Bergleute mit dem Bergarbeiterverband 7 1/2 Stunden arbeiten wollten.

Die Demobilisierung des deutschen Heeres.

Berlin, 4. Jan. In einem Erlass, der von der Reichsregierung (Ober-Scheidemann), dem Kriegsminister und den Unterstaatssekretären unterm 31. Dezember 1918 gezeichnet ist (Armees-Verordnungsblatt), wird bestimmt, daß Heer und Marine gemäß den Bestimmungen des Demobilisierungsplanes demobil zu machen sind. Über die weitere Gestaltung des Heeres wird später entschieden werden. Unter 2) wird als Tag des Befehls zur allgemeinen Demobilisierung der 10. Januar 1919 bestimmt, und zwar werden alle Formationen, die sich an Demobilisierungsorten befinden, an diesem Tage, alle an-

dem Formationen am Tage nach dem Eintreffen am Demobilisierungsort demobil. Unter 3) heißt es: Sicherheit, Kranken- und Sanitätsdienst, Beförderung der Heeresgruppen, Gefangenenbewachung und Grenzschutz sowie Durchsicht und Abwicklung der Demobilisierungsangelegenheiten müssen unter allen Umständen gewährleistet bleiben. Über die Entlassung der Angehörigen des Heeres, soweit es die Aufgaben unter 3) zulassen, trifft das Kriegsministerium, über die der Marine das Reichsmarineamt Bestimmungen. Zum Einjährig-Freiwilligendienst Berechtigte, heißt es weiter in dem Erlass, werden wie die andern Angehörigen ihres Jahrgangs behandelt. Der Landsturm wird aufgelöst, die Landsturmpflichtigen werden entlassen, sobald es die unter 3) genannten Aufgaben zulassen. Für Bayern wird die Demobilisierung und Auflösung des Landsturms besonders befohlen.

Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen?

Stuttgart, 4. Jan. Von militärischer Seite ist mitgeteilt, daß der Verband der deutschen Kriegsgefangenen insgesamt 800000 Mann in nächster Zeit freigegeben wird. Die Rückbeförderung beginnt im kommenden Monat. Von den Grenzstationen werden die gefangenen Deutschen Durchgangslagern zugeleitet, wo sie etwa zehn Tage zur Unterbringung und Entschärfung zubringen. Dann erfolgt die Beförderung zu ihren Stammtroopenteilen, von wo aus sie entlassen werden.

Elisavethringen.

Berlin, 3. Jan. Reichsall Hoch ließ in einer Entscheidung des französischen Ministerpräsidenten zur Kenntnis bringen, über die Regelung der Verhältnisse der Elisabethtrübsen, die das Land vor der Befreiung verlassen haben und zurückkehren wollten, am Angelegenheiten zu ordnen und ihre Familienangelegenheiten zu ordnen. Diese müssen ein persönliches Gesuch an die Deutsche Waffenstillstandskommission Berlin, Budapest, Straßburg 14 richten. Die Kommission wird alsdann das Gesuch zur Entscheidung direkt an den französischen Regierungskommissar des Bezirks weitergeben, in dem die Antragsteller wohnen.

Frankreich.

Paris, 3. Jan. Wie der Temps meldet, erklärte Pichon im Heeresauschuß auf eine Anfrage, die Unversehrtheit von Vertretern der Polischewiken in Berlin und Deutschland mache Frankreich die vollständige Demobilisierung seines Heeres unmöglich.

Belgien.

Berlin, 6. Jan. Die deutsche Kommission hatte sich die deutschen Krankenschwestern in Belgien aufmerksam gemacht, die bei dem Übergriffen in Belgien verbleiben mußten, um die ihnen anvertrauten Kranken und Verwundeten nicht im Stich zu lassen. Belgischerseits war anerkannt worden: „Die Genfer Konvention sei durch die Waffenstillstandsbedingungen nicht aufgehoben, jedoch also das deutsche Sanitätspersonal und die deutschen Schwestern nicht als Gefangene behandelt werden dürfen.“ Die deutsche Kommission hat die belgische Kommission um die Genehmigung der Ein- und Ausreise eines deutschen Bevollmächtigten, der in Belgien vornehmlich Erleichterungen über das Schicksal der deutschen Krankenschwestern einziehen soll.

England.

Heimkehr Deutscher aus England. Nach einer Neutermeldung aus London ist das erste Schiff von feindlichen Ausländern von Hull abgegangen. — In der Frage der Erleichterung des schweren Loses unserer Kriegsgefangenen haben die Verhandlungen der deutschen Waffenstillstandskommission ein Anfangsergebnis erzielt. Die Engländer haben versprochen, daß aus England 800 schwerverwundete Deutsche über Rotterdam zurückgeschickt werden sollen und erklärten sich ferner bereit, weitere 900 schwerverwundete Kriegsgefangene Deutsche über dem Wege über die Front nach Köln zurückzuführen. Außerdem wollen die Amerikaner das in ihren Linien zurückgebliebene Sanitätspersonal über Kopenhagen nach Deutschland zurückführen. Die Deutsche Kommission hat die Alliierten dringend gebeten, diesem Beispiele möglichst bald allgemein zu folgen.

Der Misserfolg der englischen Arbeiter-schaft bei den Wahlen. Nach einer Neutermeldung aus London gibt der Secretar des allgemeinen Gewerkschaftsverbandes, Appleton, in dem Organ des Verbandes an, daß die Unterzeichner des Sowjetmanifestes von Leeds bei den Wahlen weniger als 6000 Stimmen erhielten. Die Zahl der für revolutionäre Kandidaten abgegebenen Stimmen wird auf etwa eine Viertelmillion geschätzt.

Schweiz.

Bern, 3. Jan. Gegenüber den fortwährenden Behauptungen der deutschen Presse, Fürst Bülow sei in die sogenannte Zürcher Bomben-Affäre verwickelt, erklärt der Reichsheimats des Fürsten in der Gazette de Lausanne, daß Fürst Bülow in Luzern, wo er sich lediglich aus Gesundheitsrücksichten seiner Frau aufhalte, sich jeder politischen Tätigkeit enthalten und niemals an irgend einer anarchoistischen Bewegung teilgenommen habe. Die Gazette de Lausanne hält ihren Vorwurf gegen Fürst Bülow aufrecht und verlangt das Erscheinen des Fürsten bei der demnächst stattfindenden Gerichtsverhandlung.

Aus Provinz und Nachbargebieten

! Oberlahnstein, 6. Jan. Volksversammlung. Gestern nachmittag fand in unserer evangelischen Kirche eine überaus zahlreich besuchte öffentliche Volksversammlung statt, zu der alle wahlberechtigten Personen beiderlei Geschlechts und beider Konfessionen eingeladen waren. Die Ortsmitratsbehörde hatte die Genehmigung dazu erteilt. Oberst Stadelmann eröffnete die Versammlung. Fürst Koppertmann aus Ems hatte den Hauptvortrag übernommen: „Die Trennung von Staat und Kirche und die Sozialdemokratie“. Er führte in 4. stündiger Rede etwa folgendes aus: Trennung von Staat und Kirche ist eine alte Forderung, die ebenso von Seiten der Kirche wie von Seiten des Staates erhoben worden ist. In einer ganzen Reihe von Staaten ist ihr schon Folge gegeben worden. Und auch bei uns wäre die Trennung

wahrscheinlich über kurz oder lang erfolgt, auch ohne die Revolution. Also nicht die Tatsache an sich ist es, der wir Kopfstöße und abnehmend gegenüberstehen, sondern die Schöffheit, mit der sie in die Erscheinung tritt. Sie zeigt aus, was wir für die Ideale des Volkes zu erwarten haben, wenn die Sozialdemokratie siegt. Denn es handelt sich bei ihrem Vorstoß gegen die christlichen Kirchen nicht bloß darum, ihnen die Staatsunterstützungen zu nehmen, die nicht etwa ein Gnabengeschenk sind, sondern sehr mächtige, auf rechtlicher Verpflichtung beruhende Vergütungen von eingezeichneten Kirchengütern. Vielmehr ist ihr Bestreben, den Religionsunterricht aus den Schulen herauszuwerfen, unsern Volksebenen die christliche Grundlage zu nehmen. Man wird sich durchaus damit einverstanden erklären, daß die Lehrer, die die Erteilung des Religionsunterrichts aus Gewissensbedenken ablehnen, nicht dazu gezwungen werden. Auch wird man es billigen, daß Disziplinarstrafen nicht gezwungen werden, den öffentlichen Religionsunterricht zu beenden. Aber daß die christliche Sittenlehre als Kern unseres christlichen Religionsunterrichts unserem Volke erhalten bleibt, das ist eine Forderung, für die alle eintreten müssen, die es mit unserem Volke wohl meinen. Kommt also einmal die Trennung von Kirche und Staat, so darf sie nicht im Geiste Hofmanns oder Harnacks geschehen, sondern so, daß jedem der beiden Teile sein Recht wird. Der Staat darf nicht verzeihen, was die Kirche auf dem Gebiet der Jugendfürsorge, der Armut, Blinden-, Idioten-Pflege und auf zahllosen anderen Gebieten der christlichen Liebestätigkeit für die Allgemeinheit geleistet hat. Hier ist sie Bahnbrecher und Schrittmacher für den Staat gewesen und ist es noch. Und was der Staat der Kirche an Schutz gewährt und an Wohlwollen erweisen hat, zahlt sie ihm durch Pflege christlicher Sittlichkeit reichlich zurück. Sicher wird bei der Wahl manch einer, der verärgert durch die Zeitverhältnisse und die Räte des Krieges, seinem Unmut Ausdruck geben will seine Stimme der Sozialdemokratie geben wollen. Das ist die allergrößte Torheit, die einer begehen könnte. Wenn die Sozialdemokratie zur Herrschaft kommt, so bleibt sie nicht lange Herrin im eigenen Hause. Sie muß den Zug nach links folgen; das zeigen jetzt die Ereignisse in Berlin und in allen größeren Städten. Früher einmal konnten Arbeiter glauben, sie fänden allein in der Sozialdemokratie eine Vertretung; jetzt haben die Arbeiter Parteien sich demokratisiert. Sie haben die Sprache der Zeit verstanden und folgen dem Worte: „Der Arbeiter ist seines Lohnes wert“, wie sie es längst hätten tun sollen. Daß die gegenwärtige Regierung die Miesstimmung zahlt, den Achtstundentag einführt und so tut, als ob sie das Geld auf der Straße fände, kann gar keinen anderen Sinn haben, als den des Wimpelfangs. Denn die jetzt bei uns eingeführten Arbeitsbedingungen machen uns dem Ausland gegenüber völlig konkurrenzunfähig u. würden uns bei weiterer Fortführung bald zum Staatsbankrott bringen, dem wir bei der ungeheuren Verzerrung des Nationalvermögens durch die jetzige Regierung ohnedies zutreiben. Also Verzerrung der wirtschaftlichen wie der sittlichen Güter des Vaterlandes, das ist es, was uns vor der Gemeinshaft mit der Sozialdemokratie warnen sollte. Hr. Reichenrich sprach dem Redner den Dank der Versammlung aus, gab einen kurzen Überblick über die Art der Wahlhandlung und bat, denjenigen Listen die Stimme zu geben, die durch ihre Verbindung miteinander die meiste Gewähr dafür gäben, ihre Kandidaten durchzubringen. Am nächsten Sonntag soll eine ähnliche Versammlung in der katholischen Kirche stattfinden.

Dr. Braubach, 5. Jan. Hochwasser herrscht seit Wochen, doch läßt die tiefe Ausbaggerung des Rheines ein Steigen wie vor Jahren nicht mehr zu. Immerhin steht das Wasser jetzt zehn Tage lang schon in Gärten, Feldern und am Bahndamm entlang meterhoch. Einer Koblenzer Flema trieb auf dem Rheinstrom stehendes Brennholz in großen Mengen ab. — **Erwerbslosenfürsorge.** Eine Sitzung über solche genehmigte die gestrige Stadtverordnetenversammlung einstimmig. — Den Stadt-Fuhrwerksbetrieb will man hier aufheben, da die im Kriege angeschafften Fuhrwerke durch die jetzt von vielen angeschafften Pferde nicht mehr unbedingt nötig sind.

Der Schrei nach Druckpapier.

Immer trostloser gestalten sich die Verhältnisse auf dem Papiermarkt, namentlich bezüglich des Zeitungspapiers. In einer Auslassung der jetzigen Regierung wird die Lage u. a. wie folgt geschildert: „Die Kohlenlieferung und die Arbeitsverhältnisse in den Papierfabriken sind so schlimm, daß die Produktion außerordentlich zurückgegangen ist, und die wilden Streiks in Oberschlesien und im Ruhrgebiet haben die Abfuhr der Reichsstellen, die Zeitungspapierproduktion mit allen Mitteln zu beben, zur Zeit zur Unmöglichkeit gemacht. Der Schrei nach Papier, der unter solchen Umständen erhoben wird, muß deshalb ohne Wirkung verhallen. Die Einschränkung des Druckpapierverbrauches muß also Leistungen proportional gleichmäßig treffen. — In einer besonders üblen Lage befinden sich die Zeitungen im Ruhrgebiet, weil wegen der bestehenden Transportbeschwerden. Manche Zeitungen erscheinen daher nur noch in halber Format oder werden auf Papier gedruckt. Das trifft sie umso härter, als während der Wahlperiode der Bedarf an Papier für Flugblätter usw. ein bedeutend größerer ist als sonst. Offenbar nehmen die streikenden Arbeiter endlich Vernunft an und sehen ein, daß sie sich selbst nur ins Fleisch schneiden und vor allem Tausenden ihres Kollegen in Papierfabriken und Druckereien schaden und eventuell brotlos machen.“

Aus Bad Ems und Umgegend.

Dienstjubiläum. Am 3. ds. ist der Johann Schneider 30 Jahre als Winger im Dienste des Gastwirts und Weinbezeugers J. G. Hüb. beschäftigt.

Hinweis. Wir machen hiermit auf die im Kreisblatt an erster Stelle veröffentlichte Bekanntmachung betr. Genehmigung der Wahlen zur Nationalversammlung im Unterlahnkreise aufmerksam.

Requisitionen der Besatzungstruppen.

Die Ortsmilitärbehörde teilt mit, daß Requisitionen der Besatzungstruppen nur auf Grund eines ordnungsmäßigen Requisitionsscheines ausgeführt werden dürfen. Unter einem ordnungsmäßigen Requisitionsschein ist ein Formular zu verstehen, das von einem Stabsbuch entnommen ist und am Kopf die Aufschrift trägt: „Ordre de Requisition“ und von einem Offizier unter Bedruckerung des Stempels unterschrieben ist. Jeder Offizier, der das Requisitionsrecht hat, besitzt ein Heft der Formulare, die von ihm laufend verwendet werden. Um das Abrechnungsverfahren zu erleichtern, ist es nötig, daß jeder Einwohner, der Leistungen an die Besatzungstruppen zu verzeichnen hat, sich auch die Nummer des Truppenverbands merkt und diese auf den Rechnungen bezieht. Die Requisitionsscheine sind den Rechnungen beizufügen.

Bad Ems, den 6. Januar 1919.

Der Bürgermeister.

Genehmigt.

Bad Ems, den 6. Januar 1919.

Marshall.

Lebensmittelverteilung.

Verkaufstag: Donnerstag, den 9. ds. Mts.
Verkäufer: Die Butter-Verkaufsstellen.
Butter: 30 Gramm auf Nr. 11 der Buttermark.
Fuder. Der Fuder für den Monat Dezember ist entnommen und kann in den Geschäften auf Fudermark Nr. 2 entnommen werden. Die Zuteilungsmenge für den Monat Januar darf von den Geschäften noch nicht abgegeben werden.

Bad Ems, den 6. Januar 1919.

Der Magistrat.

Verkauf von Pferdefleisch.

Heute Mittwoch, den 8. ds. Mts. gelangt im städtischen Schlachthofe Pferdefleisch zum Verkauf und zwar von 4—5 Uhr nachm. auf die Freibankten Nr. 561—662.
Die Schlachthofverwaltung.

Gewerbl. Fortbildungsschule Bad Ems

Sachunterricht:
Mittwochs bzw. Freitags 3—7 Uhr (neue Zeit).
Zeichnunterricht:
Sonntags 7^{1/2}—9^{1/2} Uhr (neue Zeit).
Der Schulvorstand.

448]

Bad Ems, den 7. Januar 1919.

Bekanntmachung.

Eine große Anzahl entlassener deutscher Soldaten tragen noch auf der Straße entweder ihre ganze Uniform oder Teile derselben.

Wenn in dieser Hinsicht manches geduldet werden kann, so sind dagegen von diesen Bekleidungsstücken sämtliche Militärabzeichen sowie Insignien, Knöpfe, Knöpfchen usw. zu entfernen, und wird auch das Tragen jeglicher militärischer Kopfbedeckung verboten. Das Tragen militärischer Kopfbedeckung durch Zivilpersonen, Erwachsene oder Kinder, wird ebenfalls verboten.

Die deutschen Behörden haben die Ausführung vorsehender Vorschriften zu sichern.

Diese Verfügung tritt mit dem 11. Januar 1919 in Kraft.

Die Militärbehörde.

Die vorstehende Bekanntmachung wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht. Genaueste Beachtung ist erforderlich.

Bad Ems, den 8. Januar 1919.

Der Bürgermeister.

Nächste Mutterberatungsstunde Ems

Donnerstag, den 9. Januar, 2—4 Uhr (franz. Zeit)
Ausgabe der Bierscheine für Januar und der Zwiebelscheine

Gewerbl. Fortbildungsschule Diez.

Gemäß Verfügung der Aufsichtsbehörde ist mit dem neuen Jahre der Unterricht in der gewerblichen Fortbildungsschule wieder in vollem Umfang aufzunehmen. Der Stundenplan ist wie folgt festgesetzt.

- a) Zeichenunterricht: Sonntag vormittags 7—9 Uhr neue Zeit.
- b) Sachunterricht:
Dienstag 1—5 Uhr Schlosserklasse,
Donnerstag 1—5 Uhr Maschinentechnik,
Donnerstag 1—5 Uhr Sammelklasse.

Unterrichtsbeginn: Sonntag, den 12. Januar d. J. Alle infolge des Krieges eingetretenen Benachteiligungen sind mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

Diez, den 6. Januar 1919.

Der Magistrat.

Gesehen und genehmigt:
Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.
gez. Gräff, H. H. H. H. H.

Psalm 10, Vers 10.

Todesanzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, meinen guten Mann, unsern lieben, treusorgenden Vater, Grossvater, Schwiegervater, Schwager und Onkel

Karl Beisel

Landwirt

nach kurzem, schwerem Krankenlager infolge eines Schlaganfalles gestern abend 5 Uhr im 78. Lebensjahre in ein besseres Jenseits abzurufen.

Um stille Teilnahme bitten

die tieftrauernden Hinterbliebenen:

Frau Karl Beisel Ww., geb. Kaffine, Otto Beisel u. Frau, geb. Weyer, Karl Beisel u. Frau, geb. Hemmer, Gottfr. Beisel u. Frau, geb. Blum, Christ. Beisel u. Frau, geb. Jacobi, Frau H. Schupp Ww., geb. Beisel, H. Beisel u. Frau, geb. Zimmerschied Heh. Best u. Frau, geb. Beisel, Emil Beisel u. Frau, geb. Fiedler, und 16 Enkel.

Bad Ems, Aachen, Essen a. d. Rh., den 7. Januar 1919.

Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittag 1^{1/2} Uhr vom Sterbehause, Marktstrasse 27, aus statt.

Todesanzeige.

Gestern morgen um 4 Uhr entschlief sanft nach längerem, schwerem Leiden meine innigstgeliebte Frau, unsere treusorgende Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

Hermine Schwarzbach

geb. Linkenbach

im 41. Lebensjahre.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Hoh. Schwarzbach,
Helma Schwarzbach,
Walter Schwarzbach,
Familie Willi Linkenbach.

Bad Ems, den 8. Januar 1919.

Die Beerdigung findet Freitag, den 10. Januar 1^{1/2} Uhr von der Friedhofskapelle aus statt.

Dr. Zimmermann'sche kaufmänn. Privatschule Coblenz.

Beginn eines neuen **Halbjahrskursus** für beide Geschlechter besond. für entlassene **Krieger** am 8. Januar 1919. Näheres d. Prosp. Auskunft im Schulhause Hohenzollernstr. 148.

Buchen-Brandholz liefert frei Haus, 3. Klasse: 4,30 Mk., von 20 Zentner ab 4 Mk. [455] W. Arlt, Sägewerk, Ems.

Gleg. 101a feid. **Bluse**, Gr. 44, 25 M., fith. **Arm-band** für Uhr handgestrickt **Unterrod**, led. **Tasche** zu verkaufen. [450] Wo folgt die Geschäftsstelle.

2 hochkräftige Milchschafe zu verkaufen. **Weidenburger**, Dautenauerlandstr., Ems. [449]

Im Hause **Goldne Traube** gegenüber dem Kurpark ist der erste u. zweite Stock je 6 Zimmer, 2 Kuchenzimmer, Küche und Zubehör, möbliert oder unmöbliert zum 1. April 1919 zu vermieten. Näheres **Willa Zimmer**, Bad Ems.

Große Zimmer für Verwaltungsräumen und Schreibstuden geeignet, sofort zu vermieten. [389] Diez a. L., Eisenstr. 1.

Ein in Küche und Haus erfahrendes, älteres **Mädchen** in kleinen Haushalt bei hohem Lohn gesucht; im Sommer auch Kuchenteile. [450] In der Geschäftsstelle.

Mädchen [454] nicht unter 20 Jahren gegen guten Lohn gesucht. In der Geschäftsstelle.

Ein feines, tüchtiges **Mädchen** [454] eventuell auch Monatsmädchen sofort gesucht. [434] Diez, Lorenzstr. 3.